

**IMB-Weltstahlkonferenz**  
**10.-12. April 2000**  
**Washington, Vereinigte Staaten**

## **Die Erklärung von Washington**

Wir, die 155 Delegierten in Vertretung von IMB-Mitgliedsorganisationen aus 37 Ländern, die für mehr als 66% des Weltstahlausstosses aufkommen, sind vom 10.-12. April 2000 in Washington, USA, zusammentreten und begrüßen das allgemein verbesserte Wirtschaftsklima und die hieraus entstehenden Möglichkeiten für konstruktive Beratungen über die Zukunftsaussichten in der Stahlindustrie.

Wir haben uns in unseren Beratungen auf eine grosse Vielfalt von Themen konzentriert: Stahlhandel, Globalisierung und die zunehmende Eigentumskonzentrierung, Umstrukturierung, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Fragen wie die Gefahren der Exposition mit radioaktivem Stahlschrott, allgemeine Umweltaspekte, Auswirkungen des technologischen Wandels auf Beschäftigung und Arbeitsmethoden, und die Zukunftsaussichten für die in der Stahlindustrie Beschäftigten, in Industrie- wie auch in Entwicklungsländern, und wir unterstreichen die Bedeutung intensiverer gewerkschaftlicher Zusammenarbeit und Koordinierung auf internationaler Ebene, ein zentrales Thema des IMB-Aktionsprogrammes.

### **Welthandel**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich in Asien ab dem Sommer 1997 abzeichnete und im Laufe 1998 und 1999 auch auf Russland und Brasilien übergriff, war ein direktes Ergebnis der fehlenden Regelmechanismen im Welthandel und hatte weitreichende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, namentlich auf die Stahlindustrie, deren Preise auf historisch niedrige Niveaus zurückgingen. Dies zwang viele Unternehmen, ihre Produktion zu kürzen, was wiederum zu Entlassungen und in einigen Ländern zu zeitweiligen Schliessungen führte. In Abwesenheit jeglicher Regelmechanismen wurden wir Zeugen einer Eskalierung von Antidumping-Massnahmen, weil zahlreiche Stahlwerke ihre Binnenmärkte vor dem raschen Zustrom von Billigstahl zu schützen versuchten, was die bereits schwierige Situation weiter zuspitzte. Die Ausdehnung dieser Probleme unterstrich noch stärker das zwingende Bedürfnis nach einem wirksamen Regelmechanismus für die Weltstahlindustrie.

Wir anerkennen den Nutzen der Welthandelsorganisation (WTO), möchten jedoch versuchen, durch die Vorlage einer Reihe radikaler und weitreichender Reformen ihre Wirksamkeit und Gerechtigkeit zu verbessern.

Es ist dringend erforderlich, Gewerkschaftsrechte und Umweltangelegenheiten umfassend in die Regeln und Bestimmungen der WTO einzufügen.

Diese müssen folgende Rechte der Arbeitnehmer beinhalten:

- Vereinigungsfreiheit,
- Kollektivverhandlungen,
- Verbot der Zwangs- und Kinderarbeit, zusammen mit
- annehmbaren Mindestnormen bezüglich Einkommen, Arbeitszeit und Arbeitsschutz, und
- Die Verpflichtung aller Nationen, die in der IAO-Grundsatzerklärung niedergelegten Übereinkommen über Arbeitnehmerrechte zu ratifizieren und durchzuführen, als Vorbedingung für die WTO-Mitgliedschaft.

Darüber hinaus müssen Handelsabkommen Bestimmungen für die grösstmögliche Verbesserung der Lebensstandards und Arbeitsnormen enthalten, und alle bestehenden WTO-Regeln, die rechtmässige nationale Massnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheitsdienste und/oder Sozialprogramme schwächen, müssen gestrichen werden.

Schliesslich müssen alle WTO-Tätigkeiten durchsichtig und verantwortlich sein und den Gewerkschaften, Umwelt- und anderen einschlägigen Organisationen Zugang zu den WTO-Schlichtungsverfahren verschaffen.

Alle Formen des Sozialdumping oder der Einschränkung grundlegender Menschen- und Gewerkschaftsrechte, um mit niedrigen Lohnkosten Auslandsinvestitionen anzuziehen, sind als ungerechte Handelsvorteile zu betrachten.

Staatliche Beihilfen dürfen einzig und allein zur vorübergehenden Krisenbewältigung gegeben werden, um die sozialen Auswirkungen von Umstrukturierungen, unvermeidlichen Betriebsschliessungen und Massenentlassungen in humaner und sozial akzeptabler Form aufzufangen. Für das Recht auf gewerkschaftliche Mitgliedschaft kann es jedoch keine Alternative geben.

Wir wiederholen unsere Aufforderung an alle nationalen und zwischenstaatlichen Gremien, als dringende Priorität die Bildung eines Rahmens für multilaterale Stahlabkommen voranzutreiben, um die Zuflucht zu allen ungerechten und handelsverzerrenden Praktiken zu verhindern und damit die Liberalisierung des Stahlmarktes aktiv zu fördern. Ein solches Rahmenabkommen muss einen Mechanismus für die Lösung von Disputen beinhalten, und jedes Land oder Unternehmen, wie auch internationale Stahlhändler, die dessen Vorschriften nicht beachten, müssen schärfsten Sanktionen unterliegen.

Um des weiteren zu vermeiden, dass Gewerkschaften unilaterale Massnahmen ergreifen müssen, um Arbeitsplätze und Wohlfahrt ihrer Mitglieder vor unlauterem Wettbewerb zu schützen, wird vorgeschlagen, dass der Internationale Metallgewerkschaftsbund einen Lenkungsausschuss bildet mit der Aufgabe, Vertreter von Stahlgewerkschaften zusammenzubringen, die im Fall zukünftiger Krisensituationen gemeinsam beschlossene kollektive Aktionen vorschlagen können.

Es ist deutlich geworden, dass die von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds den zahlreichen Ländern zur Lösung ihrer Probleme zur Verfügung gestellten Mittel die innere Instabilität der internationalen Finanzmärkte, die den Ursprung der verschiedenen Krisen darstellt, nicht beseitigen können. Folglich fordern wir die Einführung der notwendigen Regelmechanismen für alle spekulativen Finanztransaktionen, einschliesslich einer „Tobin-Steuer“. Darüber hinaus wiederholen wir unsere Forderung der sofortigen und umfassenden Senkung der Schuldenlast der Entwicklungsländer, die ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung stark behindert.

Die Konferenz erkennt die zunehmende und zerstörerische Rolle von Kapitalinvestoren, die versuchen, mit Bezug auf ihre erwarteten Investitionserträge spezifische und im Falle der Stahlindustrie völlig unrealistische Forderungen zu stellen. Gestützt auf die potentielle Einflussnahme durch die arbeitnehmereigenen Pensions- und Rentenfonds mit einem Multimillionenwert verpflichten wir uns, eine sehr viel aktivere Rolle zu übernehmen und falls notwendig die erforderlichen Veränderungen der einschlägigen Regeln durchzuführen, um eine sozial verantwortlichere Verwaltung dieser Fonds zu erleichtern.

### **Einführung neuer Technologien**

Die Konferenz fordert die Nutzung der von neuen Technologien gebotenen Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssicherheit, mit besonderer Betonung auf der Beseitigung der gefährlichsten und schwierigsten Operationen und einer Arbeitszeitverkürzung in allen ihren Formen.

Berufsbildung und Umschulung müssen die ihnen zustehende Priorität erhalten, vor allem für diejenigen, die als Ergebnis technologischer Entwicklungen ihre Beschäftigung verlieren könnten. Solche Bildungsprogramme müssen von dreigliedrigen Gremien verwaltet werden, in denen Gewerkschafts-, Arbeitgeber- und Regierungsvertreter gleichberechtigt vertreten sind

### **.Arbeitsschutzbestimmungen auf dem höchstmöglichen Stand**

Unterschiede in Lohnniveaus, Arbeitszeit und Beschäftigungspraktiken sind das Spiegelbild einer grossen Zahl wirtschaftlicher und kultureller Aspekte, während es für irgendwelche Unterschiede in Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen in der Stahlindustrie keine Rechtfertigung geben kann, ohne Rücksicht auf die Region oder das Land, in dem eine Industrie angesiedelt ist. Dieser Aspekt trifft besonders für multinationale Konzerne mit Niederlassungen in zahlreichen verschiedenen Ländern zu.

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen werden aktiv die Anhebung der Arbeitsschutzgesetze in der Stahlindustrie auf den höchstmöglichen Stand verfolgen, unter Hervorhebung der spezifischen Bedeutung der Unfallverhütung, sowie die Schaffung von angemessenen Gesundheits- und Sicherheitsausschüssen in allen Stahlwerken und –unternehmen.

Es darf den Arbeitgebern nicht gestattet sein, der Profiterhöhung die Wohlfahrt ihrer Beschäftigten zum Opfer zu bringen und sie damit zu zwingen, die Rechnung für ei-

ne solche Rücksichtslosigkeit mit Gesundheit, Vorruhestand aus Krankheitsgründen oder sogar mit dem Tod zu bezahlen.

Die Regierungen müssen die Verantwortung dafür übernehmen, die Gesundheit ihrer Staatsbürger angemessen zu schützen, indem sie die hierfür erforderlichen Gesetze verabschieden, in denen Bestimmungen für Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsmit-sprache enthalten sein müssen, damit diese Gesetze in allen Stahlwerken und –un-ternehmen wirksam überwacht und angemessen angewandt werden.

Unternehmen dürfen ihre Verantwortung für die Einhaltung von Arbeitsschutzbe-stimmungen nicht dadurch umgehen, dass sie ihre Operationen in andere Länder mit weniger strengen Regelungen verlagern. Wir werden mit Hilfe der IMB-Weltkonzernausschüsse versuchen, Druck auf alle multinationalen Stahlunterneh-men auszuüben, angemessene Verhaltenskodexe zu unterzeichnen, mit denen sie gezwungen sind, die in der Muttergesellschaft geltenden Arbeitsschutzregelungen und -kontrollen überall anzuwenden, mit denselben Rechten für ihre Beschäftigten, denselben Schulungs- und Bildungseinrichtungen wie auch dem selben Recht, ge-fährliche oder lebensbedrohende Arbeiten zu verweigern.

Zu den bereits bekannten und regelmäßig wiederkehrenden Gefahren in der Stahl-industrie müssen wir die Risiken hinzurechnen, die mit der Einführung neuer Tech-nologien und der unachtsamen Wiederaufbereitung von radioaktiv verseuchtem Stahlschrott entstehen. Zahlreiche der ersten Atomkraftwerke erreichen das Ende ihrer geplanten Lebensdauer, und viele Tausende von Tonnen verseuchten Stahls müssen in den kommenden Jahren entsorgt werden. Dies bedeutet eine Gefahr nicht nur für die Arbeitnehmer in der Stahlindustrie, sondern auch für alle Anwohner und diejenigen, die mit verseuchten Stahlprodukten arbeiten oder anderweitig Kontakt haben, z.B. bei unkontrollierten Abtransporten aus dem Werk.

Die Konferenz unterstützt eine Politik der Nullexposition mit radioaktiven Substanzen und weist jeglichen Versuch zurück, sogenannte „sichere“ Niveaus oder Grenzwerte einzuführen, auch wenn sie noch so niedrig sind.

## **Privatisierung**

Der Privatisierungsprozess der Stahlindustrie ist in den meisten Ländern heute prak-tisch abgeschlossen; die Regierungen nahezu aller vormaliger Comecon-Staaten und Entwicklungsländer sind fest entschlossen, die Verantwortung für die Stahlindu-strie auf den Privatsektor zu übertragen. Es gibt aber nach wie vor eine Reihe von Entwicklungsländern, z.B. Indien, wo öffentliches oder Staatseigentum eine wichtige Rolle spielt.

Die Konferenz hebt hervor, dass es nicht die Eigentumsfrage ist, die entscheidet, ob ein Stahlwerk effizient arbeitet oder nicht, sondern vielmehr die Qualität der Mana-gements und ihre Fähigkeit, zwischen allen betroffenen Aktionären ein Gleichgewicht zu finden, woraus der Wert des Beitrags jeder Gruppe zum Erfolg des Unternehmens hervorgeht. Wir möchten darüber hinaus unterstreichen, dass die Geschäftsleitungen für die Verwaltung des gesamten Konzernvermögens verantwortlich sind, und dazu gehören die Bedürfnisse und die Wohlfahrt ihrer Humanressourcen.

## **Soziale Vorkehrungen zur Umstrukturierung**

Die Konferenz akzeptiert die Tatsache, dass ständige Strukturanpassungen charakteristische Merkmale des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sind, besteht aber darauf, dass diese vernünftig durchgeführt werden müssen, und dass die über die letzten vier oder fünf Jahrzehnte gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen nicht verloren gehen dürfen. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist eine solche Erfahrungsträgerin; der EGKS-Vertrag muss beibehalten werden, und es ist zu erwägen, wie dieser auf andere Länder und Industrien ausgedehnt werden kann.

## **Umweltverantwortung**

Es darf den Unternehmen nicht gestattet sein, aus der Vernachlässigung ihrer umfassenden Verantwortung gegenüber der menschlichen Gesellschaft irgendwelchen Nutzen zu ziehen, und wir bestätigen unsere Verpflichtung zur Erreichung der im Abkommen von Kyoto niedergelegten Ziele zur Senkung der Umweltemissionen. Die Konferenz fordert die Regierungen und zwischenstaatlichen Gremien auf, höchstmögliche Normen des Umweltschutzes zu verabschieden, und wir wiederholen hier noch einmal unseren Glauben an das Grundprinzip des Umweltschutzes: „Der Verschmutzer muss bezahlen“.

Es reicht nicht aus, Unternehmen zu kritisieren, die durch die unnötige Exposition seiner Beschäftigten und der Anwohner seines Standorts mit gefährlichen Substanzen finanzielle Vorteile gegenüber ihren Konkurrenten zu erringen suchen, sondern es müssen strenge finanzielle Sanktionen eingeführt werden, um diese Unternehmen davon abzuhalten, ihre gesetzlichen und moralischen Verpflichtungen zu umgehen.

## **Internationale Solidarität**

Die Eigentumskonzentrierung als Ergebnis des Wachstums multinationaler Konzerne, die den Prozess der wirtschaftlichen Globalisierung vorantreibt, stellt die Gewerkschaften in der Stahlindustrie vor zusätzliche Probleme, weshalb es immer wichtiger wird, ein entsprechendes globales Netzwerk zu schaffen, um die Zusammenarbeit und Koordinierung zu sichern, die erforderlich ist, um die Arbeitgeber daran zu hindern, eine Gruppe von Arbeitnehmern gegen eine andere auszuspielen.

Der IMB wird mit der Unterstützung und in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen nach wie vor zur Entwicklung engerer und wirksamerer Verbindungen zwischen den Gewerkschaften beitragen.

Darüber hinaus muss der IMB dringend versuchen, für alle grossen multinationalen Stahlunternehmen Weltkonzernausschüsse ins Leben zu rufen, um sicherzustellen, dass die von grenzüberschreitenden Unternehmensfusionen betroffenen Arbeitnehmer die engen Verbindungen herstellen können, mit denen sie gemeinsame Lösungen ihrer Probleme erarbeiten und auf globaler Ebene eine wirksame gemeinsame Vertretung erreichen können.

## **Gewerkschaftsrechte**

Eine sozial gerechte Weltwirtschaft kann nur bestehen, wenn die Früchte des Wirtschaftswachstums gerecht verteilt werden, und die Gewerkschaften, die legitimen

Vertreter der arbeitenden Menschen, müssen an allen Aspekten, die ihr wirtschaftliches und soziales Wohlergehen bestimmen, umfassend beteiligt werden.

Das Recht der Arbeitnehmer, Gewerkschaften zu bilden und/oder ihnen beizutreten, ist ein Grundelement der demokratischen Gesellschaft, und es kann keine Rechtfertigung dafür geben, Arbeitnehmern ihr unveräußerliches Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen ohne jede Einmischung seitens der Arbeitgeber oder Regierungen abzuerkennen.

Eine Regierung, die ihren Staatsbürgern das Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft verweigert oder Arbeitgebern die Möglichkeit gibt oder sie sogar ermutigt, dies zu tun, verliert ihren Platz in der internationalen Völkergemeinschaft, und wir verpflichten uns zur Teilnahme an einer ausgedehnten Kampagne zur umfassenden Annahme der IAO-Kernarbeitsnormen durch die öffentliche Anprangerung der Länder, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, die sie mit der Unterzeichnung der IAO-Erklärung über die Grundprinzipien der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte eingegangen sind.

Die Konferenz verurteilt alle diejenigen, die den Arbeitnehmern die Vorteile einer gewerkschaftlichen Mitgliedschaft vorenthalten, wie z.B. BHP mit dem Versuch, Kollektivverträge durch Einzelverträge zu ersetzen, die Weigerung des koreanischen Unternehmens Posco, ihren Beschäftigten die Bildung freier und unabhängiger Gewerkschaften zu verbieten, oder auch die offensichtliche Einmischung der venezolanischen Regierung in die Rechte ihrer Staatsbürger, einer Gewerkschaft beizutreten und Kollektivverhandlungen zu führen. Wir werden unseren gesamten Einfluss nutzen, um allen in der Stahlindustrie Beschäftigten dieses Grundrecht zu sichern.

Der IMB wird weiterhin aktiv in der OECD, der UNO, der IAO und anderen Gremien mitarbeiten. Das Niveau der gewerkschaftlichen Beteiligung an diesen Tätigkeiten und ihr Recht, eine umfassende und aktive Rolle in diesen Gremien zu spielen, müssen jedoch erheblich verbessert werden.

Die Konferenz unterstreicht die zentrale und unersetzliche Rolle der IAO zur Konsolidierung und Ausdehnung sozialer Rechte und Arbeitsbedingungen auf die Stahlarbeiter der ganzen Welt

Wir sind gemeinsam dafür verantwortlich, den Stahlarbeitnehmern zu helfen, die am schlechtesten bezahlt und behandelt werden, damit ihre Arbeit angemessen vergütet wird und sie von den Ergebnissen der Einführung international anerkannter Arbeitsnormen profitieren können.

Die Konferenz bietet ein konkretes Beispiel für internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität, die in der Masse ständig an Bedeutung zunehmen wird, als die Stahlindustrie in der Zukunft durch Übernahmen und Fusionen eine noch stärkere globale Dimension annimmt.

Die Stahlindustrie ist und bleibt von gewaltiger strategischer Bedeutung, nicht nur für die Entwicklungsländer, sondern für den anhaltenden Fortschritt aller Nationen.

Stahl ist ein High-Tech-Produkt, das zur Befriedigung der Nachfrage ständig verbessert werden muss. Stahl bietet darüber hinaus den zusätzlichen Vorteil, unendlich wieder aufbereitbar zu sein, weshalb er zu Recht als das Material der Zukunft betrachtet werden kann.

Die Stahlnachfrage ist gegenüber Fluktuationen im Wirtschaftszyklus ganz besonders empfindlich, was zumindest teilweise die von Stahlaktionären und internationalen Stahlhändlern gespielte wichtige Rolle widerspiegelt und damit das Erfordernis geordneter Marktstrukturen weiter hervorhebt.

In den vergangenen 30 Jahren waren wir Zeugen massiver Rückgänge der Beschäftigungsniveaus in den Industrieländern, während zahlreiche neu industrialisierte Länder ihre Stahlherstellungskapazitäten weiter erhöhen. Wir betonen erneut unsere Überzeugung, dass die Entwicklung einheimischer Stahlherstellungskapazitäten in den Entwicklungsländern die Beschäftigungsaussichten in den älteren Industrieländern nicht bedroht, sondern vielmehr ergänzen wird, vorausgesetzt, ihr Hauptziel besteht in der Befriedigung einheimischer Bedürfnisse, und es wird diesen Ländern die Möglichkeit gegeben, stabile wirtschaftliche und soziale Wachstumsraten zu erzielen,

Die Stahlindustrie ist stolz darauf, die höchsten gewerkschaftlichen Erfassungsraten vorweisen zu können, und wir werden unsere Bemühungen verdoppeln, die bereits hohen Mitgliederzahlen noch zu erhöhen, um unsere ganze gewerkschaftliche Stärke zur Verfolgung unserer Ziele einzusetzen.